

Schlesinger im Streit um Ruhestand: Millionenforderung droht!

Patricia Schlesinger fordert Ruhegeld vor Gericht gegen den RBB; gleichzeitig erhebt der Sender Schadensersatzforderungen.



Im hart umkämpften Rechtsstreit zwischen der ehemaligen Intendantin des RBB, Patricia Schlesinger, und dem Sender selbst stehen sich hohe Summen auf beiden Seiten gegenüber. Schlesinger fordert in ihrer Klage ein monatliches Ruhegeld von rund 18.300 Euro, das ihr laut Vertrag zusteht. Trotz ihres Ausscheidens im August 2022, bedingt durch den sogenannten „Schlesinger-Skandal“ um Vetternwirtschaft und Verschwendung, pocht sie auf die Einhaltung ihres Vertrags, wie die **Berliner Zeitung** berichtet.

Im Zuge der Verhandlungen am Landgericht Berlin haben beide Parteien nun Comparison verhandelt. Schlesinger erklärte, dass sie bereit sei, auf circa 300.000 Euro zurückliegende Zahlungen

zu verzichten, um den Streit beizulegen. Gleichzeitig fordert der RBB als Widerklage mehr als zwei Millionen Euro von Schlesinger aufgrund von Pflichtverletzungen im Rahmen von Bauprojekten. Gerüchte über einen möglichen Vergleich bis zum 31. Mai stehen im Raum, doch die Anwälte des RBB betonen, dass der Verwaltungsrat in die Entscheidungsfindung einbezogen werden muss, wie der **epd** informiert.

Hohe Ansprüche und Gerichtsurteile

Der Richter brachte in der Verhandlung zur Sprache, dass der RBB wahrscheinlich verpflichtet ist, Schlesinger ihr vertraglich zugesichertes Ruhegeld zu zahlen. Gleichzeitig bestreitet der Sender die Verpflichtung zur Zahlung und argumentiert sogar, dass der gesamte Vertrag sittenwidrig sei. Schlesinger, die nach ihrem Ausscheiden über neun Monate ein Bruttomonatsgehalt von 25.000 Euro bezog, steht unter dem Druck enormer Prozesskosten und bisher ausbleibender Einkünfte. Ihre Kasse ist leer, was die Ernsthaftigkeit des Verhandlungsprozesses zusätzlich unterstreicht.

Diese dramatische Situation wirft Fragen auf: Wie konnte es zu solch großzügigen Verträgen kommen? Die Ausmaße dieses Streits sind nicht nur ein Streit um finanzielle Forderungen, sondern werfen auch ein Schlaglicht auf die Skandale im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die zunehmend in der kritischen Öffentlichkeit diskutiert werden.

Berliner Zeitung

Details

Quellen

- www.berliner-zeitung.de
- www.epd.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de